

Ärzttekammer zu Primararzt-Honoraren: Diskussion ist undifferenziert und tendenziös

Utl.: Stöger: Spitzenmedizin im öffentlichen Bereich gefährdet =

Wien (OTS) - Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) weist die aktuelle Diskussion über die Gehälter und Honorare der Primärärzte als "tendenziös" zurück. Wie der ÖÄK-Primärärztereferent, Dr. Franz Stöger, Mittwoch in einer Aussendung feststellte, sei diese Auseinandersetzung undifferenziert und unnötig. Die Sonderklassegebühren der leitenden Ärzte würden die im Regelfall "beschämend niedrigen" Gehälter der Topmediziner in den meisten österreichischen Spitälern kompensieren. Nach seiner Auskunft liegen diese inklusive aller Zulagen im Durchschnitt je nach Alter zwischen 40.000 und 60.000 Schilling brutto monatlich. Das System fördere darüber hinaus die Spitzenmedizin in den öffentlichen Krankenanstalten und entspreche dem Prinzip der freien Arztwahl.

Stöger bezeichnete die Kritik an den Sondergebühren als naiv und scheinheilig. "Es ist wohl unumstritten, daß die Bevölkerung und die Spitalsträger ein großes Interesse daran haben, die medizinischen Spitzenpositionen in den Krankenhäusern mit bestqualifizierten Leuten zu besetzen. Qualität und Leistung kosten jedoch Geld." Wenn sich nun eine kleine Öffentlichkeit "in bewährter Form neidgenossenschaftlich an den Primar-Entgelten weide und biertischartig nach einer Nivellierung nach unten schreit" (Stöger), so müsse man fürchten, daß die Spitzenmedizin aus den öffentlichen Krankenhäusern auswandere und sich ausschließlich im privaten Bereich etabliere. Das würde zu einer existenzbedrohenden Verschlechterung der medizinischen Versorgung im öffentlichen Bereich führen und die Einnahmen der öffentlichen Krankenhäuser aus den Anteilen an den Primararzt-Honoraren erheblich schmälern, so der Ärztevertreter. Wenn man die Zwei-Klassen-Medizin wolle, dann sei man mit der "Primärärzte-Hatz" auf dem richtigen Weg. "Es ist Aufgabe der beteiligten Ärzte, für eine gerechte Verteilung der Sondergebühren innerhalb ihrer eigenen Gruppe zu sorgen. In den meisten Bundesländern ist dies auch der Fall", sagte Stöger abschließend. (Schluß)

Rückfragehinweis: Pressestelle der Österreichischen
Ärzttekammer, Tel.Nr.: 512 44 86.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0075 1997-11-26/10:10

261010 Nov 97

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19971126_OTS0075